

Anhörung vor der Enquete-Kommission 17/2 „Corona-Pandemie“

am 30.10.2020 ab 9:00 Uhr

mündlicher Beitrag auf Basis der Leitfragen

LANDTAG
Rheinland-Pfalz

EK 17/2 - 48

VORLAGE

Sehr geehrte Herr Vorsitzender,
sehr geehrte Mitglieder der Enquete-Kommission und anwesende Teilnehmer!

Vorbemerkungen

Die LIGA der Freien Wohlfahrtspflege in RLP bedankt sich ausdrücklich für die Einladung zum Anhörungsverfahren. In der Ihnen vorliegenden Stellungnahme sind wir auf Ihre Leitfragen ausführlich eingegangen. Wir haben den Blick insbesondere auf die Gruppen in der Bevölkerung gelenkt, die von der Corona Epidemie besonders betroffen sind. Daneben haben wir die Auswirkungen auf die Versorgungssysteme dargestellt. Heute stellen wir dazu einige Ergänzungen vor, greifen aber auch einzelne Positionen aus der Stellungnahme auf. In dieser Stellungnahme ist deutlich geworden, dass Corona den Vorhang beiseitegeschoben hat, der Armutsverhältnisse verdeckt und unterfinanzierte Hilfen ungenutzt lassen.

Da die PflegeGesellschaft einen ständigen Sitz im Sachverständigenrat der Enquete-Kommission hat, werden bei den Ausführungen zu den Leitfragen die Pandemie-Auswirkungen auf die Altenhilfe außen vorgelassen.

Mit Rückblick auf die letzten 8-9 Monate stellen wir heute fest, dass die Hoffnungen auf einen vorübergehenden Spuk eben nicht eingetreten sind und **die** Experten recht behalten haben, die uns früh auf Mittel- und Langstrecke hinwiesen. Und wir stellen fest, dass in unserem Land nicht immer die notwendigen Dinge veranlasst werden um die Auswirkungen für die Bürgerinnen und Bürger auf das Unvermeidbare begrenzen. Wir glauben z.B. nicht, dass sich irgendjemand der hier versammelten TN über die zweite und härtere Infektionswelle wundert. Sie war vorausgesagt! Frühere Maßnahmen als die für den kommenden Montag verkündeten hätten vermutlich weniger hart ausfallen können.

Leitfragen der Regierungsfractionen sowie der CDU-Fraktion:

Welche Lehren ziehen Sie aus fachlicher Sicht aus den bisherigen Erfahrungen mit der Corona-Pandemie für

1. die weitere Stärkung des Infektionsschutzes unter besonderer Berücksichtigung der Risikogruppen, insbesondere soweit sie in Einrichtungen leben, und der ambulanten und stationären Versorgung Covid19-Infizierter?

- Die Träger und Einrichtungen haben insbesondere im Bereich der Behindertenhilfe mit Risikogruppen zu tun – und zwar im Kindes- und Jugend- wie im Erwachsenenalter.
- Vor allem im Frühjahr 2020 bestand eine der großen Herausforderungen darin, zwischen Infektionsschutz einerseits und Selbstbestimmung andererseits abzuwägen und die richtigen Entscheidungen zu treffen. Dass dabei z.T. gegen den Willen Einzelner entschieden wurde, war leider unvermeidlich. Dies galt ebenso für die Strategie der Wiederöffnung der Angebote (Besuchsrechte in den besonderen Wohnformen, schrittweise Wiederöffnung von Werkstätten, Tagesstätten und Tagesförderstätten) und genauso für den Fall eines erneuten Lockdowns. Erhebl. psych. Belastung für alle, auch die MA
- Unabhängig davon sind die Träger und Einrichtungen auf Infektionsgeschehen vorbereitet und haben ihre Hygienekonzepte daraufhin ausgerichtet. Wir erinnern uns allerdings an die ersten Wochen im Frühjahr, in denen sich viele Einrichtungen in der Beschaffung geeigneter Schutzausrüstungen allein gelassen fühlten. Wo große Trägergruppen sich untereinander aushelfen konnten, blieben kleinere Träger teilweise unterversorgt.
- Glücklicherweise ist uns bislang kein Fall eines **ambulant** versorgten, positiv auf Covid19 getesteten Menschen mit Behinderung bekannt. Dies würde die Leistungserbringung sicherlich massiv beeinträchtigen und es wäre für alle Beteiligten mit einem enormen psychischen, organisatori-

schen, personellen und finanziellen (Schutzkleidung) Mehraufwand verbunden. Ambulante Betreuungformen mussten viel mehr tun, um in der Organisation von Hilfen Gehör zu finden.

- Grundsätzlich: Es muss selbstverständlich sein, dass alle sozialen Einrichtungen die notwendige Unterstützung in Beschaffung und Finanzierung erhalten. Das ging in der Pflege ja auch!
- Im stationären Setting mussten und müssen die entsprechenden Räumlichkeiten zur Einhaltung der Quarantäneauflagen dauerhaft vorgehalten werden. Was im Sommer in Außenanlagen möglich war, wird jetzt nicht mehr gehen. Einrichtungen benötigen Unterstützung bei der Lösung des Konfliktes wie Versorgungspflichten- und Versorgungsansprüche mit dem Schutz der Mitarbeiter*innen versöhnt werden können. Denn MA hatten berechtigt eigene Ängste um ihre Gesundheit entwickelt, insbesondere wenn es um die Versorgung der Covid19-infizierten Bewohner*innen ging. Zu Beginn der Pandemie gab es bekanntlich nicht die Testkonzepte, Testressourcen um Mitarbeiter*innen der EGH die notwendige Sicherheit zu vermitteln.

2. den gezielten Einsatz von Kommunikationsmitteln mit Blick auf Transparenz und Information der Bürgerinnen und Bürger?

- Der Zugang zu Kommunikationsmedien ist für alle Personengruppen sicher zu stellen. Transparenz und kontinuierliche Informationen sind elementar, weil damit die Glaubwürdigkeit und das Vertrauen gestärkt werden.
- Wir sehen die Herausforderungen, die aus medialen Overkill auf der einen Seite, Falschmeldungen, Erreichbarkeit der Bürger*innen und dem richtigen Maß finden auf der anderen Seite bestehen. Die Uneinigkeiten der Länder seit Beginn der Krise waren definitiv schädlich.
- Wichtig erscheint uns, alle Zugangsmedien zu nutzen, die den Bürgern zur Verfügung stehen. Bei allen Bemühungen zur Digitalisierung dürfen die analogen Wege nicht vernachlässigt werden. Das Konzept der leichten Sprache scheint uns bei vielen Aktivitäten unzureichend bedacht und angewendet zu sein.
- Hier könnten wir das Angebot unterbreiten, bei der Unterscheidung zwischen wahren und nützlichen Informationen einerseits und gezielten Falschinformationen von Covid-Leugnern (#Covidioten) zu unterstützen, indem wir unsere Zugänge zu unseren Kunden und deren Angehörigen nutzen.

3. die gesellschaftliche Entwicklung in Deutschland und RLP?

= Schwerpunkt unserer Stellungnahme!

- Die meisten in der Runde der TN dieser Anhörung leben in einer sehr privilegierten Situation: Die Einkünfte (Gehälter, Diäten etc.) wurden auch in der Zeit des Lockdowns weiterbezahlt, Homeoffice war sowohl räumlich als auch technisch ohne Weiteres möglich, die meisten werden über Balkone und/oder Gärten verfügen und über Rückzugsräume in den eigenen vier Wänden. Bei allen Überlegungen und zu planenden Entscheidungen müssen aber auch diejenigen in den Blick genommen werden, die nicht so leben, für die kein Homeoffice möglich ist, deren Einkünfte durch Kurzarbeitergeld oder gar Arbeitsplatzverlust drastisch gesunken sind. Vieles hierzu lässt sich den schriftlichen Ausführungen der LIGA entnehmen, u.a. zu Personengruppen, die in weniger privilegierten oder gar Armutsverhältnissen leben. Wir reden bei der letzten Gruppe um knapp 16% der Bevölkerung. Der Anteil der Kinder und Jugendlichen liegt sogar bei etwa 20%.
- Deswegen ist es umso bemerkenswerter, dass im Gegensatz zu vielen schnellen Hilfen der Kinderbonus zum Kindergeld erst im September und Oktober ausgezahlt wurde. Immerhin das erste Mal anrechnungsfrei auf die Grundsicherung.
- Besonders hervorheben möchten wir die jetzt als „systemrelevant“ deklarierten Berufe, zu denen auch viele Arbeitsfelder im sozialen Bereich zählen. Leider sind da wichtige Gruppen unerwähnt geblieben, womit die Ausdünnung der Angebote in den Beratungsstellen einhergingen. Wichtig ist uns, dass die Aufmerksamkeit auch weiterhin auf diese Berufe gerichtet bleibt und wir hier strukturelle Verbesserungen erzielen. Die Wahrnehmung der Bedeutung der sozialen Infrastruktur hat sich nur partiell geschärft (Krankenhäuser, Altenhilfe/Pflege).

- In diesem Kontext lässt sich auch feststellen, dass neben den Kindern und Jugendlichen **Frauen** die klaren Verliererinnen der Pandemie sind. Sie tragen immer noch die Hauptverantwortung für die Familie, sowohl für die u.U. zuhause zu beschulenden Kinder wie auch zu pflegende Angehörige, arbeiten häufig in Teilzeit mit dem entsprechend geringeren Gehalt, organisieren die Versorgung der Familie etc. Und vergessen wir nicht: Frauen sind die mit Abstand größte Beschäftigungsgruppe in unseren Einrichtungen und Diensten.
- Wir erhoffen uns von Ihrer Arbeit in der Enquete-Kommission ein sehr gezieltes Hinschauen und Wissen wollen, wie es wirklich um die Verlierer*innen der aktuellen Krise steht, ob die Hilfen zielgerecht und wirksam sind, neue Hilfe zu entwickeln sind. Die LIGA schlägt daher vor, **dass Studien beauftragt** werden, die schnelle Antworten geben können zu dem was wirklich ist. Die LIGA ist bereit sich aktiv an diesen Studien zu beteiligen.

4. die Entwicklung der deutschen und rheinland-pfälzischen Wirtschaft?

- Auch das Soziale ist Wirtschaft. Allein die Träger im freigemeinnützigen Bereich beschäftigen in RLP etwa 220.000 Mitarbeiter*innen. Die 2014 veröffentlichte Sozialwirtschaftsstudie MehrWertSchöpfung hat gezeigt, dass mit jedem Euro für das Soziale etwa 0,75 Euro zurückfließen an Steuern, SV-Beiträgen, Abgaben, ausgelöster Beschäftigung anderer Branchen und Wirtschaftsleistung. Die eigentlich erbrachten Leistungen wurden nicht einmal bewertet.
- Die LIGA hat heute zu betonen, dass trotz der gestiegenen Kosten im Gesundheitswesensich die Lage für die Mitarbeiter*innen nur partiell verbessert hat. Die allgemein gestiegenen Anforderungen, die Ökonomisierung des Sozialen strapazieren die Systeme seit vielen Jahren. Sie wissen um viele Förderprogramme des Landes, die seit Jahren nicht um die nachweisbaren Sach- und Personalkostenanstiege angepasst worden sind und immer mehr Eigenmittel der Träger verschlingen. In dieser Lage ist Corona Sprengstoff, der auf eine geschwächte soziale Landschaft trifft, der zunehmend die Luft ausgeht.
- Wir haben allergrößte Sorgen, dass die Neuverschuldungen des Staates, der Länder und Kommunen schon in Kürze massiv auf die Finanzierung der sozialen Aufgaben durchschlagen – und die Erkenntnisse der vorhin erwähnten Studie MehrWertSchöpfung vergessen werden.
- Zur Aufrechterhaltung der Arbeitsfähigkeit allein der Spitzenverbände der LIGA sind wegen Corona-Mehrausgaben durch die Umstellung auf Homeoffice, Überstunden vieler Mitarbeiter*innen, technische Anschaffungen etc., in Höhe von etwa 500.000 Euro entstanden, die bislang nicht refinanziert wurden. Ein entsprechender Antrag auf vom Sozialministerium in Aussicht gestellte Mittel wurde bislang nicht beantwortet.
- Bei allen Schwierigkeiten: Von den meisten Leistungserbringern konnten mit ihren zuständigen Kostenträgern während des Lockdowns Vereinbarungen getroffen werden, die die Finanzierung der Angebote absicherten. Dies war durch eine zügige und flexible Anpassung des Leistungsspektrums gerechtfertigt und begründet. Dadurch konnte der Erhalt der sozialen Infrastruktur weitgehend gesichert werden. Wir sind dafür wirklich dankbar. Auch hier wird auf die schriftlichen Ausführungen verwiesen.
- Dank der umfangreichen Hilfen konnte der Anstieg der Arbeitslosigkeit unerwartet niedrig gehalten werden. Leider wird zu wenig bedacht, dass gerade einkommensschwachen Haushalten die Nebenjobs massiv weggefallen oder gekürzt sind. Es ist davon auszugehen, dass wesentlich mehr Menschen auf Hilfen angewiesen sein werden.

5. für das Bildungssystem? Wo sehen Sie den größten Handlungsbedarf? Worauf sollten Politik und Regierung bei den notwendigen Maßnahmen besonders achten?

- Wir unterstützen die Politik im Ziel, erneute Schließungen von Schulen und Kinderbetreuungseinrichtungen zu verhindern!
- Die Corona-Pandemie hat eklatante Schwächen unserer Schulen offengelegt. Es fehlt an technischer Ausstattung und geschultem Lehrkörper für qualifizierten Onlineunterricht.
- Eines der vorrangigsten Ziele für uns ist, auch in dieser Zeit für Bildungsgerechtigkeit und die Ermöglichung von Zugängen zum Bildungssystem einzutreten. Dazu zählt u.a. die technische Grundausstattung mit Endgeräten (PCs, Notebooks, Tablets), die eine Teilnahme am Unterricht

auch von zuhause aus gewährleistet. Diese Hilfen machen nur Sinn, wenn den Kindern und Jugendlichen zu Hause auch leistungsfähige Internetverbindungen zur Verfügung stehen.

- Viele Studien haben nachgewiesen, dass das Schulsystem in Deutschland viele Verlierer produziert, die am Ende der Schulkarriere nicht ausbildungsfähig sind. Ein System, das sozial benachteiligte Kinder und Jugendliche segregiert und auch in diesen Ergebnissen massiv um ihre Chancen bringt. In kaum einem anderen Land entscheiden die Herkunft und die Lebensverhältnisse der Kinder und Jugendlichen derart über das Erreichen von Bildungsabschlüssen. Wir befürchten, dass Corona diesen Befund noch verstärken wird. Damit leisten unsere Gesellschaft bereits heute die Verfestigung von Armut, Fachkräftemangel etc. in die jeweils nächste Generation.
- Leider müssen wir feststellen, dass seitens vieler Schulen/Lehrkräfte selbstverständlich davon ausgegangen wird, dass in jeder Familie z.B. ein Drucker vorhanden ist und die per E-Mail übersandten Arbeitsblätter ausgedruckt, bearbeitet, wieder eingescannt und zurückgesandt werden können. Auch eine Rücksendung der bearbeiteten Materialien per Post ist vielen Familien aus finanziellen Gründen nicht zuzumuten. Auch setzen Schulen/Lehrkräfte voraus, dass jede Familie über ein ausreichendes Datenvolumen für Onlineunterricht oder auch die technischen Voraussetzungen für ein stabiles WiFi verfügt. Wir beklagen ein Defizit in der Wahrnehmung anderer Lebenslagen.
- Festzustellen ist auch, dass viele Schulen kaum bis gar nicht auf den Fall vorbereitet sind, dass die Schüler*innen in der Schule sind, die Lehrkraft aber wegen einer Quarantäneanordnung nicht. Hier müssen die Schulen dafür Sorge tragen, dass den Schüler*innen ein Raum zur Verfügung steht und die Lehrkraft virtuell zugeschaltet wird. Hier sind häufig die technischen Voraussetzungen für die Bild- und Tonübertragung in die Unterrichtsräume nicht gegeben.

6. einen möglichst breiten gesellschaftlichen Konsens betreffend der zu ergreifenden Maßnahmen?

- Wir alle befinden uns in einem lernenden System und in einer Situation, für die keinerlei Erfahrungswerte existieren. Wenn allen klar ist, dass dies auch die Entscheidungsträger betrifft und diese nach Abwägung aller Aspekte, Berücksichtigung von Expert*innen-Meinungen und nach bestem Wissen und Gewissen entscheiden, ist dies ein Teil der Basis für den notwendigen gesellschaftlichen Konsens.
- Ein möglichst breiter gesellschaftlicher Konsens ist natürlich von der Art der ergriffenen Maßnahmen abhängig, wie Maßnahmen erklärt und deren Einhaltung kontrolliert werden.
- Es dürfte auch entscheidend sein, ob die Bürger*innen ein ausreichend vorausschauendes Handeln wahrnehmen können.
- Solange seitens der verantwortlichen Entscheidungsträger (auch im Sinne der 2. Leitfrage) transparent und nachvollziehbar dargestellt wird, was genau beabsichtigt ist, kann ein breiter Konsens erzielt werden.
- Eine kontinuierliche Information und – sofern es sich herausstellt, dass die ergriffenen Maßnahmen nicht zielführend sind – der Mut zum Fehlereingeständnis und zu Korrekturen würden die Konsensbildung bzw. den Konsenserhalt sicherlich unterstützen.
- Mehr und schnellere Einbeziehung der Umsetzungsebenen; Abstimmungen zu Inhalten vor Pressekongressen u.a.m.

Leitfrage der AfD-Fraktion

7. Welche Lehren ziehen Sie aus Ihrer Sicht im Hinblick auf den Lockdown am 23. März 2020 und dessen Verlängerung am 15. April 2020, der zu gravierenden wirtschaftlichen, finanziellen und sozialen Verwerfungen geführt hat und weiterhin führt, und wie schätzen Sie die Gefahr ein, dass unsere Soziale Marktwirtschaft durch ein etatistisches Wirtschaftsmodell ersetzt werden könnte?

- Grundsätzlich wurde die Frage bereits unter 1.-6. Und in der Stellungnahme beantwortet.

- Wenn man sich vor Augen hält, dass das Recht (Wohl) des Einzelnen zwar ein hohes und besonders schützenswertes Gut ist, das aber dann hinten anstehen muss, wenn das Recht (Wohl) des Staates gefährdet ist, dann sind – vorübergehende! – Einschränkungen für die Individuen zu rechtfertigen. Die Diskussion um diese Gratwanderung wird von der LIGA aktiv begleitet und hat uns öffentliche Kritik eingehandelt.
- Insofern erkennen wir keine Gefährdung der Sozialen Marktwirtschaft. Insbesondere dann nicht, wenn der Staat mit 240 MRD € wesentlich die Auswirkungen auf die soziale Marktwirtschaft versucht abzufedern und dafür dann gleichzeitig scharf angegriffen. Mit Verlaub, war haben aktuell eine ganz andere Diskussion zu führen

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Mainz, 29.10.2020

Sprechvermerk